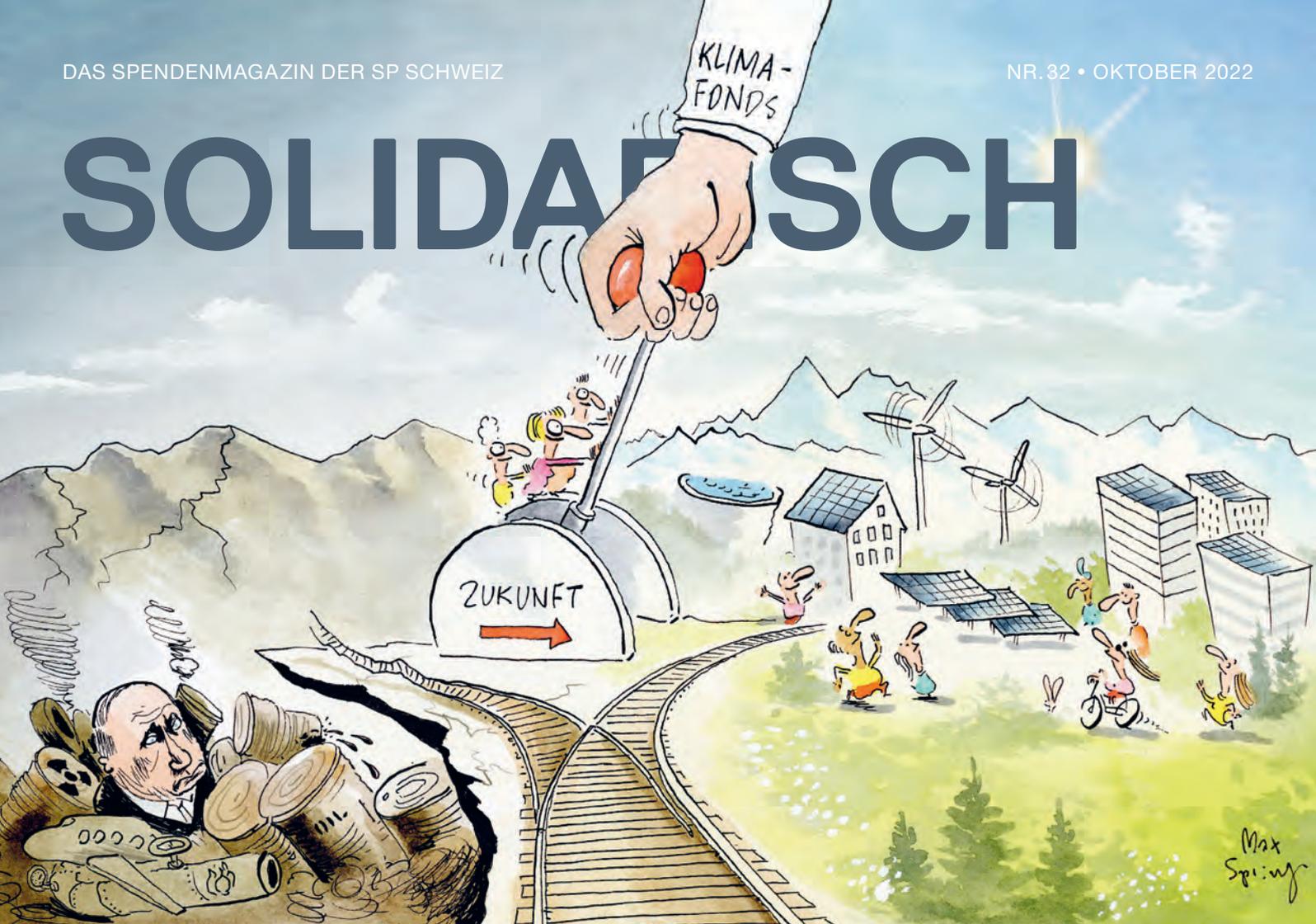


SOLIDARISCH



ANFANG SEPTEMBER HABEN WIR ZUSAMMEN MIT DEN GRÜNEN DIE KLIMAFONDS-INITIATIVE LANCIERT. Sie ist unsere Antwort auf die doppelte Krise, in der wir uns befinden: die Krise der fossilen Energieversorgung und die Krise der globalen Erwärmung. Jährlich soll darum bis zu ein Prozent des Bruttoinlandprodukts in die soziale Energiewende investiert werden.

Investieren wir endlich in die gerechte Energiewende



Roger Nordmann, Fraktionspräsident und Nationalrat VD

Wir wollen den Klimaschutz stärken. Damit wir einen Grossteil unserer Energie selbst erzeugen können, muss die öffentliche Hand massiv investieren, und zwar jetzt. Unsere Vorgänger:innen haben die AHV geschaffen, die ETH gegründet und die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT) gebaut. Und wir? Wir werden die Schweiz klimaneutral machen! Mithilfe des Klimafonds werden wir alle unsere Gebäude isolieren, fossilfreie Heizungen und Wärmepumpen in Betrieb setzen sowie eine Offensive für die Installation von Solaranlagen starten. Mit der Initiative investieren wir in mehr nachhaltige und gute Arbeitsplätze. Gleichzeitig ermöglichen wir mit dem Fonds Umschulungen, damit wir die benötigten Fachkräfte für den Jahrhundertumbau ausbilden können.

Die Ursache der beiden Krisen, die wir erleben, ist dieselbe: unser enormer Verbrauch an fossilen Energieträgern. 80 Prozent der

Treibhausgasemissionen entfallen auf Gas und Erdöl, die häufig aus Diktaturen stammen, immer teurer werden und zunehmend schwierig zu importieren sind. Sowohl für das Klima als auch für eine bessere Versorgungssicherheit mit Energie müssen wir dringend von fossilen Energieträgern wegkommen. Dazu sind massive Investitionen notwendig, nicht nur in die Steigerung der Effizienz, sondern auch in die Nutzung von erneuerbarer Wärme sowie in die erneuerbare Stromerzeugung.

Marktversagen

Die doppelte Krise, in der wir uns befinden, ist die Folge von chronischen Unterinvestitionen in die Energieeffizienz und in die erneuerbare Stromerzeugung. Wir müssen der Realität ins Auge sehen: Der liberalisierte Strommarkt hat versagt. Er war und ist nicht in der Lage, Investitionen auszulösen. Und die Politik war

bislang viel zu zaghaft, um dieses Defizit auszugleichen.

Die nötigen Investitionen für den Wiederaufbau unseres Energiesystems sind riesig. Darüber hinaus müssen wir auch Lösungen finden für die rund 20 Prozent nicht energiebedingten Treibhausgasemissionen, die vor allem in der Landwirtschaft sowie in der Zementproduktion anfallen.

Gerechte Energiewende

Die Energiewende darf kein Strohfeuer sein. Wir müssen unsere Anstrengungen über längere Zeit aufrechterhalten können. Darum ist es wichtig, zur Finanzierung einen solide geäußerten und vom laufen-

den Finanzhaushalt abgetrennten Fonds zu schaffen. Dieser muss in der Bundesverfassung verankert sein, was die Lancierung einer Volksinitiative rechtfertigt.

Unsere Initiative verlangt, bis 2050 einen durch den Bund geäußerten Klimafonds einzurichten, welcher der (Teil-)Finanzierung von Klimaprojekten von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie des privaten Sektors dient. Zu diesem Zweck soll auch eine Verschuldung ausserhalb der Schuldenbremse zulässig sein.

Eine solidarischere Finanzierung

Weshalb wir dieses Vorgehen gewählt haben: Erstens handelt es

sich bei Klima-Projekten um Investitionen und nicht um laufende Ausgaben. Zweitens würde die Finanzierung des Klimafonds über Steuern den Menschen ausgerechnet jene Liquidität entziehen, die sie benötigen, um jetzt Klima-Projekte umzusetzen. Drittens werden Staatsschulden in der Regel durch das nominale Wachstum absorbiert, dies im Gegensatz zu privaten Schulden. Dank den Investitionen, die die Initiative ermöglicht, wird die Schweiz zu einem nachhaltigeren Wohlstand gelangen. Insbesondere wird die Initiative verhindern, dass wir weiterhin Erdgas und Erdöl im Wert von über 10 Milliarden Fran-

ken pro Jahr importieren müssen. Die Finanzierung von Klima-Projekten über einen öffentlichen Fonds ist viel gerechter als eine Finanzierung durch die Besteuerung von Energie.

Für die SP Schweiz ist die Frage der Gerechtigkeit bei der Energiewende zentral. Ohne den Rückhalt der Bevölkerung wird der Prozess ins Stocken geraten. Unsere Initiative garantiert nicht nur eine gerechte Finanzierung der Anstrengungen, sondern auch ein Investitionsniveau, das der historischen Herausforderung gerecht wird.

→ klimafonds.spschweiz.ch

Kein Atommüll-Endlager ohne definitiven Atomausstieg

NÖRDLICH DER LÄGERN, IN DER GEMEINDE STADEL (ZH) SOWIE IN MEHREREN ANGRENZENDEN AARGAUER GEMEINDEN, glaubt die Nagra den geeigneten Standort für ein Atommüll-Endlager gefunden zu haben. Zweifel sind angebracht.



Martina Munz
Nationalrätin SH

Die Schweiz hat mit ihren fünf Atomkraftwerken in den letzten Jahrzehnten viel hochradioaktiven Abfall produziert. Die Bevölkerung ist bereit, aufzuräumen und den Atommüll am sichersten Ort zu entsorgen. Dies jedoch nur, wenn den Atomkraftwerken endgültig der Stecker gezogen und nicht weiter neuer Atommüll produziert wird. Die Akzeptanz eines Atommülllagers hängt direkt von einem glaubwürdigen Versprechen zum Atomausstieg ab.

Für den Atommüll hat die Nagra noch keine echte Lösung. Sie schlägt lediglich eine Deponie im tiefen Untergrund vor. Der Müll muss während einer Million Jahre von der Biosphäre ferngehalten werden. So weit sind wir noch nicht: Weltweit ist noch kein Lager für hochradioaktiven Abfall in Betrieb. Sicher ist nur das Risiko.

Standortentscheid mit zu vielen Fragezeichen

Zahlreiche Genoss:innen haben sich zusammen mit anderen in den Widerstandsorganisationen KLAR!SCHWEIZ (Kein Leben mit

atomaren Risiken), LoTi (Lägern ohne Tiefenlager) und KAIB (Kein Atommüll im Bözberg) organisiert und in den Regionalkonferenzen viel Fachwissen aufgebaut. Gemeinsam sind wir der Meinung, dass der Standortentscheid zu früh kommt und zu viele Fragen unabhängig vom Lagerort noch ungeklärt sind.

- Es gibt kein echtes Rückholbarkeitskonzept, obwohl dies eine der wichtigsten Forderungen der Bevölkerung ist. Was passieren würde, wenn es zu einem Leck käme, ist ungeklärt.

- Nutzungskonflikte werden wissenschaftlich nicht untersucht. Sauberes Trinkwasser ist unsere Lebensgrundlage. Das Tiefenwasser ist eine strategische Trinkwasserreserve, ein Schutzkonzept für diese Reserve fehlt jedoch.

- Warum bestehen keine verbindlichen Kriterien für den Projektabbruch? Was, wenn etwas schiefläuft? Wer kann das Projekt stoppen?

- Warum kümmert sich niemand um die gefährliche Niedrigstrah-

lung, die über lange Zeiträume aus einem solchen Lager austritt?

- Warum bestehen noch Wissenslücken zu den Lager- und Behälterkonzepten? Gibt es Materialien, die die geplanten Zeiträume überdauern?

- Warum fehlen Konzepte für eine Langzeitüberwachung? Wie sollen in einem verschlossenen Atommülllager Sonden ersetzt werden?

Demokratische Mitbestimmung für unsere Sicherheit

Das grösste Problem aber besteht im Demokratiedefizit. Die demokratische Mitsprache der Bevölkerung wurde abgeschafft, nachdem die Menschen im Kanton Nidwalden zwei Mal Nein zum Wellenberg gesagt hatten. Der Standort würde heute nicht mehr als sicher eingestuft. Die demokratische Mitbestimmung ist der Garant für ein funktionierendes Projekt. Nur wenn die Bevölkerung auf ihre Fragen befriedigende Antworten erhält, lässt sie sich überzeugen.

Ein Atommülllager gegen den Willen der lokalen Bevölkerung zu bauen – das darf nicht sein! Wir fordern darum eine echte Mitsprache der Bevölkerung.





POLITISCHE NEUIGKEITEN AUS ERSTER HAND ERFAHREN? Auf Tuchfühlung sein mit unseren Parlamentarier:innen? Einer Wahlkampagne Schub verleihen? Das alles ist möglich – und zwar als Mitglied in der Gruppe 2023.

Erfolgreiche Wahlen dank unseren grosszügigen Spender:innen

Alle Mitglieder der Gruppe 2023, die sich jährlich im Theater National treffen, haben etwas gemeinsam: Sie unterstützen die SP Schweiz regelmässig mit einem fixen Spendenbetrag.

Höhepunkt des gemeinsamen Tuns bildet traditionell der Jahresanlass, der jeweils im September während der Herbstsession stattfindet. Auch heuer nahmen über 300 Mitglieder aus 20 Kantonen teil und genossen im Hotel National in Bern einen spannenden Abend. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand die Klimafonds-Initiative, die ein paar Tage zuvor lanciert worden war.

Auf Tuchfühlung mit der Politik

Nach der Eröffnung durch Matea Meyer, Co-Präsidentin der SP Schweiz, richtete sich Bundes-

rätin Simonetta Sommaruga mit einem Grusswort an die Anwesenden. Unter der Moderation von Co-Präsident Cédric Wermuth tauschten sich Fraktionspräsident Roger Nordmann, die Co-Präsidentin der SP-Frauen Martine Docourt sowie als JUSO-Vertreterin Mirjam Hostetmann über ihre Standpunkte zur Klimapolitik aus.

Ungezwungenes Beisammensein

Im Publikum sassen nicht bloss Mitglieder der Gruppe 2023, sondern auch zahlreiche Parlamentarier:innen, die sich nach der Session unter die Anwesenden der Gruppe 2023 mischten. Und so bekamen die Mitglieder der Gruppe 2023 Gelegenheit, sich während des Abendessens ungezwungen mit unseren National:rätin-

nen auszutauschen oder gar ein persönliches Anliegen zu deponieren.

Im Wahljahr 2023 ist die SP Schweiz ganz besonders auf eine breite finanzielle Unterstützung angewiesen. Dank den grosszügigen und regelmässigen Zuwendungen der über 1700 Mitglieder der Gruppe 2023 verfügt die Partei über finanzielle Planungssicherheit und steigt gestärkt ins

Wahljahr. Das Engagement aller ist wichtig. Die Mitgliedschaft steht allen offen, die einen finanziellen Beitrag zu den Wahlen an die Wahlkampagne 2023 leisten möchten und bereit sind, sich für die SP Schweiz und ihre Grundwerte nachhaltig zu engagieren. Eine Mitgliedschaft bei der SP Schweiz ist nicht notwendig. Wir freuen uns auf «Neuzugänge» in der Gruppe 2023!



Regula-Sibylle Schweizer,
Verantwortliche Gruppe 2023



Weitere Informationen finden sich unter www.sp-ps.ch/spenden/gruppe-2023. Gerne beantwortet Regula-Sibylle Schweizer allfällige Fragen jederzeit unter der Nummer Tel. 031 329 69 87.



Information aus erster Hand

Mit dem Magazin «Solidarisch» hält die SP Schweiz ihre Gönnerinnen und Gönner über aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen auf dem Laufenden. Unsere Mitglieder aus National- und Ständerat, kantonalen Regierungen und Parlamenten oder parteiinternen Organen berichten im «Solidarisch» über ihre Fachgebiete und geben so Einblick in die Arbeit der SP.

Unser Einsatz für die sozialdemokratischen Ziele kann dank Ihrer Unterstützung fortgesetzt und verstärkt werden. Wenn Sie «Solidarisch» (oder die französische Ausgabe «Solidaires») ohne Verpflichtung regelmässig erhalten möchten, senden Sie bitte Ihre Postanschrift an solidarisch@spschweiz.ch.

Mit bestem Dank, Ihre SP Schweiz

IMPRESSUM SOLIDARISCH – Das Spendenmagazin der SP Schweiz erscheint viermal im Jahr auf Deutsch und Französisch. Das Jahresabonnement ist für Gönnerinnen und Gönner im Spendenbetrag ab 5 Franken enthalten. Spenden: PC 30-520786-8, SP Schweiz, 3001 Bern. Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Theaterplatz 4, 3011 Bern, Tel. 031 329 69 69, solidarisch@spschweiz.ch. Redaktion: Pia Wildberger, Layout: Atelier Bläuer, Bern. Auflage: 31 000 deutsch, 9000 französisch. Total: 40 000. Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.





Konkrete Politik für die Kaufkraft

PRÄMIENSCHOCK, STEIGENDE ENERGIEPREISE UND INFLATION fressen ein Loch in die Haushaltsbudgets und treiben immer mehr Menschen in die Armut. Dies dämpft auch die Kaufkraft und schadet dem Gewerbe.



Samira Marti,
Nationalrätin BL

Seit Ausbruch des Ukraine-Kriegs sind die internationalen Energiepreise geradezu explodiert. Die Lieferketten-Probleme heizen die allgemeine Teuerung zusätzlich an. Krankenkassenprämien und Mieten dürften im kommenden Jahr nochmals stark ansteigen. Die Kaufkraft der Privathaushalte leidet stark unter dieser Entwicklung. Bald könnten mehr als 800 000 Menschen in der Schweiz von Armut betroffen sein. Die SP-Fraktion hat darum bereits im Juni dieses Jahres ein Entlastungspaket für die Haushalte und zum Schutz der inländischen Kaufkraft vorgeschlagen.

Damit die steigenden Kosten nicht zu finanziellen Engpässen führen, müssen Löhne und Renten steigen. Für die Löhne sind in erster Linie die Sozialpartner verantwortlich. Die bisherigen GAV-Verhandlungen deuten darauf hin, dass die Reallöhne um mehr als 2,5 Prozent sinken könnten. Vor allem in Tieflohnbranchen wäre das katastrophal. Die Arbeitgeber sind nun gefordert.

Im Parlament haben die SP und die Mitte bereits erreicht, dass bei den AHV-Renten ein vollständiger Teuerungsausgleich erfolgen soll. Das wird allerdings nicht ausreichen, um die Existenz im Alter langfristig zu sichern. Dafür braucht es eine Erhöhung der Renten, beispielsweise mit der Einführung einer 13. AHV-Rente.

Ausgaben für Krankenkassenprämien und Mieten müssen sinken

Die Ausgaben für Wohnen und Krankenkassenprämien stellen für Privathaushalte die grössten Budgetposten dar. Der Anstieg dieser Grundaussgaben dämpft die

Reallohnentwicklung seit Jahren. Als Sofortmassnahme zur Sicherung der Kaufkraft schlägt die SP gemeinsam mit der Mitte eine einjährige Erhöhung der Prämienverbilligung per 2023 vor. Ob diese zweite Massnahme des Kaufkraft-Pakets wirklich umgesetzt wird, steht noch nicht fest. Der Ständerat wird erst in der Winter-session darüber debattieren.

Langfristige Lösungen sind gefragt

Wenn Menschen mit tiefen Einkommen wegen der steigenden Energiekosten nicht mehr in der Lage sind, ihre Wohnung zu heizen, dann muss der Staat Unterstützung leisten.

Mit der individuellen Prämienverbilligung steht uns in Krisenzeiten ein geeignetes Instrument zur Verfügung, um diejenigen Haushalte zu unterstützen, die bereits heute mit einem knappen Budget über die Runden kommen müssen.

Allerdings werden wir Lösungen finden müssen, mit denen

sich das Gesundheitswesen auch mittelfristig sozial gerechter finanzieren lässt. Kein anderes europäisches Land kennt eine solch hohe, unsoziale Kopfsteuer wie die Schweiz.

Mit der SP-Initiative für bezahlbare Prämien wollen wir dafür sorgen, dass kein Haushalt mehr als 10 Prozent des verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben muss. Wir sind im Parlament daran, einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative auszuhandeln. Voraussichtlich ab 2024 sollen jährlich zwei Milliarden zusätzlich für Prämienverbilligungen verfügbar sein. Das Geschäft ist derzeit in der zuständigen ständerätlichen Kommission hängig.

Auch das Gewerbe profitiert

Die Rechtsbürgerlichen wehren sich vehement gegen sämtliche Entlastungsmassnahmen für die Bevölkerung. Dabei ist eine wirksame Stärkung der inländischen Kaufkraft das beste Mittel zur Stabilisierung der Konjunkturentwicklung. 63 Prozent der Schweizer Wirtschaftsleistung stammen aus dem Konsum der Privathaushalte. Vom SP-Kaufkraft-Paket profitiert also auch das Gewerbe.



illustration: Francesca Sanna 

Mitgliedschaft in der Klima-Gruppe

Der Klimaschutz ist die grösste Aufgabe unserer Generation. Wir brauchen eine gerechte und gemeinschaftliche Lösung, um sie richtig anpacken zu können. Dazu gehören massive öffentliche Investitionen in erneuerbare Energien, Infrastruktur und lokales Gewerbe. Das sichert uns Strom für die Zukunft und bringt nachhaltige Arbeitsplätze.

Treten Sie jetzt der Klima-Gruppe bei und setzen Sie sich für unsere klimapolitischen Kampagnen ein. Als Mitglied der Klima-Gruppe werden Sie zur wichtigen Stütze im Kampf gegen die Klimakrise.

In der Klima-Gruppe setzen Sie sich regelmässig mit einem von Ihnen bestimmten Betrag für unsere klimapolitischen Projekte ein. Ihre Mitgliedschaft gibt uns wertvolle Planungssicherheit. Ihre Spenden setzen wir beispielsweise für die Klimafonds- oder die Finanzplatz-Initiative ein. Merci für Ihr Engagement und das Vertrauen!

Bei Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Regula-Sibylle Schweizer

Verantwortliche Dauerspenden bei der SP Schweiz

Jetzt der Klima-Gruppe beitreten:

per Internet: spschweiz.ch/klima-gruppe

per Telefon: 031 329 69 87

oder per E-Mail: regula.schweizer@spschweiz.ch

SP